

S1 Schluss mit Generationengerechtigkeit! Wir wollen Gerechtigkeit für alle!

Bei Diskussionen über demografischen Wandel, aber auch über Rente ist häufig von „Generationengerechtigkeit“ die Rede. Die These, die hier vermittelt wird, ist, dass es immer mehr ältere Menschen geben wird, während gleichzeitig immer weniger Kinder geboren werden. Das führt zu einem Konflikt. Die wenigen Jungen Menschen könnten nichtmehr die vielen Alten finanzieren. Häufig wird hierbei ein sehr stigmatisiertes Bild von Jung und Alt gezeichnet. „Die Alten“, die den Jungen zur Last fallen und „Die Jungen“ die diese Belastung nicht mehr tragen können. Als Lösungsansätze werden insbesondere länger arbeiten und mehr private Vorsorge vorgeschlagen.

Das ist allerdings der falsche Ansatz. Verteilungsgerechtigkeit ist keine Generationenfrage! Die Schiefelage in unserem System besteht nicht zwischen Jung und Alt, sondern zwischen Arm und Reich. Diese falsche Annahme führt zu Privatisierung, Sozialabbau und dazu, dass Generationen gegeneinander ausgespielt werden.

Schon jetzt müssen die Menschen immer länger beruflich arbeiten und aktiv bleiben um nicht in Armut abzurutschen. Es ist, gerade im Alter, ein starkes Gefälle zwischen Arm und Reich erkennbar. Geld, Bildung und soziale Durchsetzungsfähigkeit verbessern nachweisbar die Chancen für gesundes und langes Leben. Obwohl das Problem bekannt ist, hat man es noch nicht geschafft diese Entwicklung aufzuhalten. Politik muss einen neuen Diskurs darüber anregen wie ein sozial gerechtes Altern und ein Zusammenleben der Generationen aussehen können. Sie darf die Fäden der Seniorenpolitik nicht aus der Hand geben und diese nicht zum Spielball marktwirtschaftlicher Interessen verkommen lassen. Nur so schafft man es, die immer noch vorherrschende Versorgungsgerechtigkeit zu beseitigen.

Deshalb fordern wir:

- **Ausbau offener Angebote für Senioren**
Angebote der offenen Altenarbeit müssen weiter gefördert werden. Es gibt Modellprojekte von Bund und Ländern, die verschiedene, offene Beratungen und Bildungsangebote bereitstellen. Doch häufig haben sie keinen Bestand, weil sie nach der Modellphase nicht mehr weiter finanziert werden. Beispielhaft kann man hier die Alten- Service-Zentren in München nennen, die flächendeckend in München existieren.
Die Alten-Service-Zentren bieten offene Beratungs- und Bildungsangebote für Senioren und Seniorinnen und deren Umfeld, unabhängig von sozialem, ökonomischem und rechtlichem Status, Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe, Religion, Bildung, Behinderung oder sexueller Orientierung. Dieses Angebot könnte Vorbildcharakter für andere Großstädte haben. Zudem müssen dringend Konzepte entwickelt werden, wie auch ältere Menschen im ländlichen Raum erreicht werden können. Offene Altenarbeit muss endlich als Möglichkeit gesehen werden um präventiv Problemlagen im Alter entgegenzuwirken. Es darf nicht mehr nur der Grundsatz ambulant vor stationär gelten sondern offen vor ambulant und ambulant vor stationär. Bildung muss zudem in jedem Alter als Grundrecht gelten. Bildung hat einen Eigenwert und ermöglicht soziale und gesellschaftliche Teilhabe. Dies muss Menschen jeglichen Alters und jeglicher sozialer Situation ermöglicht werden. Bildungsangebote müssen daher für Menschen in allen Lebenssituationen vorhanden sein. Studiengebühren für SeniorInnenstudentInnen lehnen wir ab.
- **Begegnung zwischen den Generationen fördern**
Es gibt immer weniger Begegnungsmöglichkeiten zwischen den Generationen. Außer mit Oma und Opa, oder Enkel und Enkelin, haben die meisten nur Kontakt innerhalb ihrer eigenen Altersgruppe. Das fördert Vorurteile, sorgt dafür dass alle in ihrer eigenen Welt leben und es keinen Austausch zwischen den Generationen gibt. Viele Vereine und Institutionen, wie auch die SPD, klagen über fehlenden Nachwuchs. Ein Grund ist auch, dass wenig auf die Belange Jüngerer Rücksicht genommen wird und es auch hier, obwohl es vielfache Möglichkeiten gäbe, wenig Austausch zwischen den Generationen gibt. Das muss sich ändern.
Wir fordern mehr staatliche Unterstützung für Intergenerationelle Projekte, wie Mehrgenerationenhäuser und Intergenerationelles Wohnen. Wir müssen aufhören übereinander zu reden und anfangen miteinander zu reden.
- **Verbesserung der Pflegesituation in Deutschland**
Die Zahl pflegebedürftiger Menschen steigt an. Deswegen muss die Infrastruktur in der Pflege massiv ausgebaut werden. Die totale Institutionalisierung in der Pflege, in der das Individuum vergessen und nur darauf geachtet wird möglichst schnell möglichst viel Pflegeleistungen zu erbringen, muss aufhören. Wir brauchen Pflege die Selbstständigkeit und Fähigkeiten der Pflegebedürftigen erhält und

fördert, Angehörige einbindet und allen Menschen zur Verfügung steht. Das gilt sowohl für stationäre als auch für ambulante Pflege. Auch neue Formen des betreuten Wohnens müssen von staatlicher Seite deutlich mehr gefördert werden (SeniorInnen WGs, Betreutes Wohnen zu Hause).

Es müssen mehr Arbeitsplätze für Pflegepersonal geschaffen werden die auch angemessene Arbeitsbedingungen und Entlohnung beinhalten, für diese körperlich schwere und wichtige Arbeit. Pflege ist ein Thema das Generationsübergreifend diskutiert werden muss. Mit einer steigenden Lebenserwartung, ist die Möglichkeit pflegebedürftig zu werden nicht unwahrscheinlich. Deswegen sollten sich Menschen aller Altersstufen mit dem Thema auseinandersetzen.

Pflege ist zudem ein Thema, das die Vereinbarkeit von Beruf und Familie betrifft. Es muss Angehörigen, die Pflegebedürftige zu Hause betreuen, ermöglicht werden, dies mit ihrem Beruf zu vereinbaren.

- **Rente: Keine Frage der Generationengerechtigkeit**

Wir müssen Altersarmut bekämpfen, dafür ist eine Rente von der die Menschen im Alter leben können, unabdingbar. Deshalb fordern wir den Erhalt des Rentenniveaus von 51% und die Abkehr von der Rente mit 67. Eine Absenkung des Niveaus, über eine Erhöhung des Renteneintrittsalters, über Beitragssenkungen oder eine direkte Absenkung der auszahlenden Rentenleistungen, wird auch die junge Generation schwer bereuen, weil wir selbst es sind, die später nicht von unserer Rente leben können.

Gerade bei der Rentendebatte wird ein Generationenkonflikt konstruiert. Es ist aber ein Konflikt über die Generationen hinweg. Denn entscheidend ist nicht nur wie viele Menschen einzahlen, sondern wie viel einbezahlt wird. Hier müssen Menschen mit hohem Einkommen stärker in die Pflicht genommen werden.

- **Prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne sind Garanten für Altersarmut. Deshalb Schluss damit!**

Altersarmut ist außerdem zuallererst eine Folge von Erwerbsarmut. Wer von seinem Lohn nicht leben kann, kann auch von der späteren Rente nicht leben. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind daher auch eine wichtige Stellschraube im Kampf gegen Altersarmut.

Schon heute leben viele Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Für sie ist es unmöglich privat fürs Alter vorzusorgen. Auch das, kein Problem zwischen Generationen, sondern eines das alle Generationen betrifft.

Wir müssen weg von prekären Beschäftigungsverhältnissen und uns für gute Arbeitsplätze mit guten Einkommen und Arbeitsbedingungen einsetzen. Deshalb fordern wir auch einen flächendeckenden Mindestlohn. Außerdem helfen gute Einkommen auch die Rentenkasse zu stabilisieren. Nur wer von seiner Arbeit leben kann, kann später auch von seiner Rente leben.